

**Persistenter Identifier:** 1571051867188\_1984

**Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen

**Ort:** Stuttgart

**Datierung:** 1984

**Strukturtyp:** volume

**Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

**PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1984/1/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/1/)

  

**Abschnitt:** SPD und Genossenschaften

**Autor:** Conradi, Peter

**Strukturtyp:** article

**Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

**PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1984/111/LOG\\_0055/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1984/111/LOG_0055/)

Peter Conradi

# SPD und Genossen- schaften

**S**ozialdemokratie und Genossenschaft - das ist eine wechselhafte Beziehung. Im 19. Jahrhundert verhielt sich die SPD gegenüber den Genossenschaften skeptisch bis ablehnend. Sie seien als Träger des Klassenkampfes nicht geeignet, hieß es auf einem Parteitag. Im Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker sei die Genossenschaft kein wirksames Instrument. Die Mitgliedschaft sah das anders: sie organisierte sich nach ihren Bedürfnissen in zahlreichen Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaften. Am Ende des 19. Jahrhunderts gab es geradezu eine Gründungswelle neuer Genossenschaften. Erst 1910 lenkte die Partei „oben“ ein: Parteitag und Parteivorstand räumten den Genossenschaften einen Platz in der Front der Arbeiterbewegung ein. Die Praxis war der Theorie vorausgeeilt.

Auch heute eilt die Praxis der Partei voraus. Während landauf-landab Initiativen genossenschaftlicher Art entstehen, tut sich die SPD schwer. „Oben“ allerdings geht es diesmal - anders als vor 100 Jahren - leichter. Im Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl 1983 heißt es *„Der mit unserer Geschichte eng verbundene Genossenschaftsgedanke muß neu belebt werden. Überschaubare Einheiten können wirksam das Verantwortungsgefühl des Einzelnen ansprechen und seine Einsatzbereitschaft fördern“*.

In seiner Rede beim Wahlparteitag 1983 in Dortmund sagte Hans-Jochen Vogel: *„Laßt mich bei dem Stichwort 'Genossenschaft' noch einen Augenblick verweilen. Eine ihrer frühesten Erscheinungsformen waren die Baugenossenschaften. Sie waren ursprünglich eine alternative Bewegung: Alternativ zum privaten Eigenheim, das damals für den Arbeiter unerschwinglich war und auch heute noch für viele Arbeitnehmer kaum erschwinglich ist; alternativ ebenso zu Mietskasernen, die nach dem Prinzip maximaler Kapitalnutzung gebaut wurden. Die Genossenschaften bauten Wohnungen unter Verzicht auf Gewinnmaximierung und sie sorgten dafür, daß die Wertsteigerung des Bodens der Gemeinschaft verblieb. Manche ihrer Siedlungen waren bahnbrechende Beispiele guter Architektur und einer neuen Wohn- und Lebenskultur“*.

Das sind neue Töne. Im Grundsatzprogramm der SPD (Godesberger Programm 1959) kommen die Genossenschaften allerdings nur einmal vor: bei der Landwirtschaft! Und im Orientierungsrahmen 1985 Mannheim 1975, fehlen sie völlig.

Die innerparteilichen Fronten haben sich verkehrt: Früher lehnte vor allem die Linke die Genossenschaften als kleinbürgerlich und kleinkapitalistisch ab. Es sei ein Irrweg, die Menschen durch Genossenschaften mit den bestehenden üblen Verhältnissen zu versöhnen, es gelte vielmehr, diese Verhältnisse revolutionär zu verändern. Die pragmatischen Sozialdemokraten hingegen fragten weniger nach der sozialistischen Theorie als nach den konkreten Verbesserungsmöglichkeiten der Wohn- und Arbeitswelt. Und da bot die Genossenschaft realisierbare Veränderungsmöglichkeiten an. Heute ist es umgekehrt: die Linke erkennt die Defizite des Sozialstaats, die Unbeweglichkeit zentraler Bürokratien und die Unwirtlichkeit unserer Städte. Sie öffnet sich leichter den neuen Formen der Selbsthilfe, zum Beispiel in Genossenschaften. Die konservativen Sozialdemokraten dagegen verharren im Etatismus. Sie haben den Sozialstaat, den sozialen Wohnungsbau, das Gesundheitswesen mit aufgebaut und weigern sich, deren Defizite zu erkennen. Und sie sehen - ähnlich wie bei der außerparlamentarischen Jugendrevolte 1968 - ihre Machtpositionen in Gefahr.

Nicht nur die grundsätzlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung - sozialer Fortschritt wird durch kollektive, organisierte Interessenvertretung erkämpft - erschweren ihren Zugang zum Genossenschaftswesen. Auch die konkreten politischen und materiellen Interessen vieler Genossen vor Ort stehen gegen die Genossenschaften. Die meisten sozialdemokratischen Wohnungs- und Kommunalpolitiker sind heute so skeptisch wie ihre Vorfahren im 19. Jahrhundert. Für den Gewerkschaftssekretär, der Stadtrat der SPD, Vorstandsmitglied der Arbeiterwohlfahrt, Aufsichtsrat im städtischen Wohnungsunternehmen und Mieter bei der Neuen Heimat ist, sind die neuen Formen der Selbsthilfe eine Bedrohung seiner Machtbasis. Er vermittelt Wohnungen, entscheidet mit über Grundstückskäufe, über Planungs- und Bauaufträge - dies alles ist Macht, und die gibt man so leicht nicht aus der Hand. Genossenschaft, Selbsthilfe - das bedeutet Selbstverwaltung, möglicherweise geringeren Einfluß. Ganz klar, daß sich unser Stadtrat dafür entscheidet, das städtische Baugrundstück nicht an eine neue Baugenossenschaft im Erbbaurecht zu vergeben, sondern es an einen privaten Interessenten zu verkaufen und mit dem Erlös den traditionellen sozialen Mietwohnungsbau zu betreiben, am besten mit einer bewährten gemeinnützigen Wohnungs(kapital)gesellschaft.

Die Frage liegt nahe, warum SPD und Gewerkschaften nach 1945 das Genossenschaftswesen nicht zur Grundlage des Wiederaufbaus gemacht haben. Dafür gibt es viele Gründe. Die Nazis hatten die

Genossenschaften zusammengelegt, zentralisiert, zum Teil in Kapitalunternehmen umgewandelt. So standen nach 1945 vor allem die gemeinnützigen Wohnungs(kapital)gesellschaften bereit, das Wohnungselend zu beseitigen, gelegentlich unter denselben Leuten, die schon vor 1945 in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft tätig waren.

Es ist dennoch schwer verständlich, daß nach der Niederlage 1945, als Selbst- und Nachbarschaftshilfe über Jahre hinweg eine wichtige Voraussetzung für das Überleben vieler waren, der Genossenschaftsgedanke nicht zum Zug kam. Möglich, ja wahrscheinlich ist, daß viele Menschen durch die Zwangsgemeinschaften der Nazizeit nun bewußt auf ihrer Individualität bestanden und jede Form von „Gemeinschaft“ ablehnten.

Man muß sich fragen, ob die gewaltige Wiederaufbauleistung der 50er und 60er Jahre allein mit Wohnungsgenossenschaften möglich gewesen wäre. Deshalb wäre es kurzsichtig, die großen Leistungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft bei der Beseitigung der Wohnungsnot abzuwerten. Heute geht es um etwas anderes: Die großen, professionellen, zentralisierten Bürokratien haben zu neuer Entfremdung geführt. Zur Entfremdung in der Arbeitswelt ist die Entfremdung in der Wohnwelt, in der Freizeit, im Gesundheitswesen, in der sozialen Sicherung gekommen. Deshalb nehmen die Forderungen nach Selbsthilfe, nach Selbstverwaltung und Selbstverwirklichung zu. Es wäre falsch, unter Berufung auf diese neuen Entfremdungen und mit der Forderung nach Selbsthilfe die mühsam erkämpften sozialen Fortschritte zurückzudrehen, wie das die Union mit der FDP an allen Fronten unternimmt. Vielmehr müssen wir für Wohnen, Gesundheit, Freizeit und Kultur andere Organisationsformen finden, die den Betroffenen die Möglichkeiten der Selbstverwaltung und Selbstverwirklichung geben und ein Gegengewicht gegen die fortschreitende Entfremdung bilden.

Das wissen viele Sozialdemokraten, vor allem die aus der außerparlamentarischen Opposition und der Friedensbewegung zu uns gekommenen jüngeren Mitglieder. Und es gibt viele Beispiele, wo sich Sozialdemokraten der oft frustrierenden Parteilarbeit überdrüssig, in Genossenschaften und Selbsthilfefprojekten engagieren. Diesmal wird es nicht wieder 40 Jahre brauchen, bis die SPD zu den Genossenschaften findet. Die Verhältnisse erzwingen die Beschäftigung mit diesem Thema: Preiswerte Altbauwohnungen müssen vor der Spekulation geschützt werden, der traditionelle Eigenheimbau ist unbezahlbar geworden, leerstehende Gewerbebauten brauchen eine neue Nutzung; überall gibt es Aufgaben für Genossenschaften.

Die Geschichte der Genossenschaften zeigt, daß es bei der Gründung von Genossenschaften nie ohne tatkräftige Hilfe von außen ging. Die Selbsthilfe mußte fast immer mit Hilfe Anderer initiiert und gefördert werden, ob das sozial gesinnte Konservative, liberale Unterneh-

mer oder demokratische Sozialisten waren.

Wenn die Sozialdemokraten in den Gemeinden neue Genossenschaften förderten, wenn die Gewerkschaften und die Unternehmen der Gemeinwirtschaft sich der Aufgabe 'Genossenschaften' stellten, dann könnte die Genossenschaftsbewegung Auftrieb bekommen, dann hätten viele der Projekte, die unter mangelnder Unterstützung leiden, eine Chance. Das war bei der Gründungswelle im 19. Jahrhundert nicht anders: Damals gingen viele neu gegründete Genossenschaften nach kurzer Zeit wieder ein.

Ohne Konflikte wird es eine Wiederbelebung des Genossenschaftswesens nicht geben, denn viele Erfahrungen und Interessen stehen dagegen. Andererseits: Die Sozialdemokratie hat sich in früheren Jahren neuen sozialen Bewegungen geöffnet, von ihnen gelernt und sie wiederum vorangebracht. Warum nicht auch bei den Genossenschaften?

# ANDERS LEBEN

GENOSSENSCHAFTLICHE SELBSTHILFE ALS POLITISCHE KULTUR



EINE AUSSTELLUNG DES VEREINS DER FREUNDE NORDRHEIN-WESTFALENS, DÜSSELDORF

Frank Karthaus, Arno Mersmann

## Bilder einer Ausstellung

Zur Wanderausstellung „ANDERS LEBEN“



Die Ausstellung *Anders Leben* - genossenschaftliche Selbsthilfe als politische Kultur - wandert zur Zeit durch nordrhein-westfälische Städte. Neben der Rückbesinnung auf genossenschaftliche Wohn- und Lebensformen der Vergangenheit, insbesondere der 20er Jahre, will die Ausstellung die Diskussion um einen wohnungspolitischen Neubeginn anregen.

Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Zerstörung preiswerten Wohnraums durch Abriß und Luxusmodernisierung, eine staatliche Wohnungsbauförderung, die Eigentumsbildung bevorzugt, degressiv geförderte Sozialwohnungsbestände der 70er Jahre mit Kaltmieten von über 8,-/9,- DM/qm - das sind nur einige Schlagworte, die die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt kennzeichnen, bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit und sinkendem Einkommen.

Preisgünstiger Wohnraum für die Bevölkerungskreise, die aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können, geht verloren, wenn die Wohnungsversorgung dem Freien Markt überlassen wird oder sie als individuelles Problem angesehen wird und nicht nach neuen Formen gemeinschaftlichen Eigentums gesucht wird.